

WEINHEIMER NACHRICHTEN

Heute mit
vier Seiten
FREIZEIT
Tipps und Termine
für die nächste
Woche

SCHWINDELFREI FESTIVAL
Tanz, Theater und Künstler
in Mannheim ▶ Seite 16

PSYCHIATRISCHES ZENTRUM NORDBADEN
Frau von der Bergstraße berichtet von
belastenden Erfahrungen ▶ Seite 7

DAS WETTER
Sonnig und warm
Temperatur 31/16 °C



NR. 155 / 164. Jahrgang

Weinheimer Anzeiger • Weinheimer Zeitung • Weinheimer Morgen • Amtsblatt der Stadt Weinheim

D 7102 • Einzelpreis: 3,00 €



Bäckereien unter Druck

Die Zahl der Pleiten von Bäckereien
hat deutlich zugenommen. Viele
Verbraucher kaufen Backwaren heute
an Backstationen im Supermarkt oder
beim Discounter.

▶ Bericht Wirtschaft

Trump droht Iran mit neuen Angriffen

Konflikte: Nach der jüngsten Eskalation am Persischen Golf ist die Zukunft der Verhandlungen zwischen dem Iran und den USA ungewiss. Der US-Präsident sät Zweifel.

Washington/Teheran. US-Präsident Donald Trump hat die Waffenruhe mit dem Iran offen infrage gestellt und Zweifel an einer Fortsetzung der Verhandlungen geäußert. „Ich denke, es ist vorbei. Ich will nichts mehr mit ihnen zu tun haben. Sie sind Abschaum“, sagte Trump am Rande des Nato-Gipfels. Zugleich erklärte er, seine Unterhändler könnten die Gespräche fortsetzen, wenn sie dies wünschten. Trump drohte der iranischen Führung außerdem mit einem großen Angriff in der folgenden Nacht sowie einer neuen Seeblockade von Schiffen, die iranische Häfen anlaufen oder verlassen. Alle anderen Schiffe könnten passieren.

Auslöser der jüngsten Eskalation waren Trump zufolge iranische Angriffe auf drei Tanker in der Straße von Hormus. Als Reaktion griff das

US-Militär seit Mittwochnacht (Ortszeit) Dutzende Ziele im Iran an. Zudem setzen die USA Sanktionen auf iranisches Öl wieder in Kraft. Irans Streitkräfte beschossen daraufhin US-Ziele in den mit Washington verbündeten Golfstaaten Kuwait und Bahrain. Als eine Folge der Eskalation zogen die Ölpreise wieder an.

Explosionen in mehreren Provinzen an iranischer Küste

Das US-Militär bombardierte nach eigenen Angaben mehr als 80 Ziele im Iran, unter anderem Luftabwehrsysteme, Schiffsabwehrsysteme sowie mehr als 60 Boote der Revolutionsgarde in oder nahe der Straße von Hormus. Weitere Ziele waren Radaranlagen, die Trump zufolge gerade erst wieder aufgebaut worden waren. Iranische Medien be-

richteten von Explosionen in mehreren Provinzen an der Südküste. Mindestens ein Soldat der iranischen Flugsabwehr wurde getötet.

Iran's Revolutionsgarde, die Elitestreitmacht der Islamischen Republik, teilten daraufhin nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Irna mit, ihrerseits 85 Ziele in US-Militäreinrichtungen attackiert zu haben, darunter im Bereich der fünften US-Flotte vor Bahrain sowie auf dem Luftwaffenstützpunkt Ali Al Salem in Kuwait.

Auf die Frage, ob seine Aussagen nun bedeuteten, dass Gespräche mit dem Iran nicht wieder aufgenommen würden, sagte Trump: „Das ist mir egal. Sie können reden, aber ich glaube, sie verschwenden ihre Zeit.“ Trump fügte hinzu: „Wenn wir ein Abkommen mit dem Iran schließen,

glaube ich nicht, dass es Bestand haben würde. Das sind unehrliche Leute.“

Kein neuer Termin für Gespräche bekannt

Vertreter aus Washington und Teheran hatten sich Mitte Juni auf ein Rahmenabkommen verständigt. Es sollte eine 60-tägige Verhandlungsphase ermöglichen und den Weg zu einer dauerhaften Beilegung des Konflikts ebnen. Nach den jüngsten Kämpfen ist unklar, ob dieser Zeitplan noch Bestand hat.

Irans Nachbarland Pakistan hatte zwischen Teheran und Washington vermittelt. Gut informierte Kreise in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad wiesen am Mittwoch kurz vor Trumps Aussagen in Ankara noch Sorgen zurück, die jüngste Es-

kalation könne den Verhandlungsprozess gefährden. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron mahnte am Rande des Nato-Gipfels „viel Gelassenheit, Besonnenheit und Geduld“ an. Man befände sich weiter in der gesetzten Frist von 60 Tagen für Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran.

Die erneute Eskalation erfolgte während der andauernden Trauerfeiern für Irans getötetes Staatsoberhaupt Ajatollah Ali Chamenei, der am Donnerstag in seiner Heimatstadt Maschhad beigesetzt werden soll. Die Streitkräfte der Islamischen Republik hatten ihren Feinden vor den Trauerfeierlichkeiten bereits gedroht. Zudem hatte Teheran wiederholt erklärt, nur eine vom Iran vorgegebene Route durch die Straße von Hormus sei sicher. *dpa*

Nicht überall umsonst

Aufreger: Luftdruckgeräte an Tankstellen oft kostenpflichtig.

Weinheim. Kostenlos Luft für die Reifen nachzufüllen, ist an Tankstellen längst keine Selbstverständlichkeit mehr. Auch in Weinheim verlangen einzelne Stationen inzwischen Geld für die Nutzung ihrer Luftdruckgeräte. An der Aral- und der Shell-Tankstelle in der Mannheimer Straße kostet der kombinierte Luft- und Staubsaugerautomat rund 1,50 Euro, während die HEM-Tankstelle in der Nordstadt und die Esso-Station in Litzelsachsen den Service weiterhin kostenlos anbieten.

Nach Angaben des Bundesverbands Freier Tankstellen bleibt die große Mehrheit der Luftdruckgeräte bundesweit zwar gratis, kostenpflichtige Anlagen gibt es aber bereits seit mehr als zehn Jahren. Betreiber begründen die Gebühr mit Wartungs- und Betriebskosten oder setzen auf externe Dienstleister, die Installation und Service übernehmen. Der ADAC warnt zugleich davor, auf regelmäßige Reifendruckkontrollen zu verzichten. *MC*

▶ Bericht auf Seite 8

Bahnhof ohne Lift

Hemsbach. Am Bahnhof bleibt der Zugang zu den Gleisen 2 und 3 für Rollstuhlfahrer, gehbehinderte Menschen und Eltern mit Kinderwagen weiterhin versperrt. Der einst eingebaute Aufzug war bis auf wenige Tage nie in Betrieb; seit Jahren hat sich an der Situation nichts geändert. Vertreter der Lebenshilfe kritisieren den Zustand erneut scharf und fordern eine Lösung. Während Gleis 1 barrierefrei erreichbar ist, müssen Betroffene den Bahnhof oft meiden oder Hilfe organisieren. Die Stadt prüft inzwischen statt eines Lifts aus der Unterführung zwei Aufzüge an der Bahnbrücke. Noch in diesem Jahr soll geklärt werden, ob dies möglich ist. Mit einer Entscheidung und einer Umsetzung rechnen Betätigte jedoch nicht vor 2030. *hr*

▶ Bericht auf Seite 10

Öfter sonntags geöffnet?

Umfrage: Hälfte lehnt Lockerung der Zellen ab.

Köln/Berlin. Deutschland ist gespalten in der Frage, ob Geschäfte sonntags öfter öffnen dürfen sollten. 43 Prozent der Menschen würden dies „auf jeden Fall“ oder „eher“ befürworten, 50 Prozent lehnen es hingegen ab. 6 Prozent machten keine Angabe. Das zeigt eine repräsentative YouGov-Befragung mit 4.022 Teilnehmern ab 18 Jahren. Jüngere und Männer stehen einer Lockerung der Sonntagsöffnungen demnach offener gegenüber als Ältere und Frauen. Die Handelsverbände werben schon seit Längerem dafür, Geschäfte öfter und flexibler sonntags öffnen zu dürfen. Die Gewerkschaft Verdi lehnt eine Lockerung der Regelungen ab. Längere Öffnungszeiten brächten weder mehr Umsatz noch lebendigere Innenstädte. *dpa*

Keine Mehrheit für Verschieben

Bundestag: Abstimmung über Gesundheits-Sparpaket soll wie geplant am Freitag erfolgen.

Berlin. Der Bundestag hat ein Verschieben der Abstimmung über das Sparpaket für stabile Krankenkassenbeiträge mit der Mehrheit der schwarz-roten Koalition abgelehnt. Grüne und Linke hatten zuvor beantragt, die für diesen Freitag geplante zweite und dritte Lesung des Gesetzesentwurfs von Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU) von der Tagesordnung abzusetzen.

Grünen-Fraktionsgeschäftsführerin Irene Mihalic warf der Koalition angesichts vieler kurzfristig übermittelter Änderungen ein chaotisches Vorgehen vor, das keine ordentliche Beratung darstelle. „Niemand kann seriös beurteilen, wie sich alle diese Änderungen auswirken werden.“ Der Grünen-Fachpolitiker Janosch Dahmen hatte mitgeteilt, das Bundesverfassungsgericht deshalb einzuschalten. Unions-Fraktionsgeschäftsführer Steffen Bülger (CDU)



Blick in den Plenarsaal des Bundestags.

DELO-MEDIA/SHUTTERSTOCK

verwies darauf, dass die Pläne vor 70 Tagen vom Kabinet auf den Weg gebracht und Änderungen am Montag an den Ausschuss verteilt worden seien. Das sei normales parlamentarisches Geschäft. Die tatsächlichen Änderungen beträfen nur bestimm-

te Stellen. Das Sparpaket soll die gesetzlichen Krankenkassen 2027 von stark steigenden Milliarden-Ausgaben entlasten, um Beitragserhöhungen zu verhindern. *dpa*

▶ Bericht Politik

Rüstungsdeals angekündigt

Nato: Staaten wollen in Verteidigung investieren.

Ankara. Die Nato-Staaten haben bei ihrem Gipfeltreffen neue Rüstungsverträge im Umfang von „mehr als 50 Milliarden US-Dollar“ (mehr als 43 Mrd. Euro) angekündigt. In der Abschlusserklärung heißt es, man verpflichte sich dazu, die gemeinsamen Produktionskapazitäten auszubauen und mit der Industrie zusammenzuarbeiten, um Innovationen zu beschleunigen. Die Investitionen sollen dazu beitragen, der langfristigen Bedrohung entgegenzutreten, die Russland für die euroatlantische Sicherheit und Stabilität darstelle. Nato-Generalsekretär Mark Rutte hatte zuvor zu einer „Revolution“ in der transatlantischen Verteidigungsindustrie aufgerufen. *dpa*

▶ Bericht Politik

LOKALBLICK

40 Jahre Rätsel um Jutta

Am 29. Juni 1986 verschwand die Lindener Schülerin auf dem Heimweg. 2023 wurde der Täter verurteilt. ▶ Seite 12

Nachwuchs geht vor

Troset-Trainer Uwe Engert gibt die Favoritenrolle weiter. Beim Fußball-A-Ligisten steht Entwicklung vor sportlichem Erfolg. ▶ Seite 24

IN DIESER AUSGABE

Familienanzeigen Seite 9
Traueranzeigen Seite 20
Sport Seite 21
Kultur Seite 25
Fernsehen Seite 27
Aus aller Welt Seite 28